



**Niederschrift
zur 17. Sitzung
des Schulausschusses
am 16.01.2018
um 17:00 Uhr im Ratssaal**

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|---|---|--|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 21.11.2017 | |
| 3 | 04 - 16
1365/2018/1 | Klassenbildung an den Grundschulen;
hier: Bildung von Eingangsklassen im Schuljahr 2018/2019 |
| 4 | 04 - 16 1366/2018 | Lernförderliche IT-Ausstattung an den Schulen;
hier: Medienentwicklungsplan der Stadt Emmerich am Rhein |
| 5 | 04 - 16 1367/2018 | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
Budget 403-415 "Schule allgemein und Sport" und "Schulen" |
| 6 | 04 - 16 1368/2018 | Information über die Schulbaumaßnahmen in Emmerich |
| 7 | | Mitteilungen und Anfragen |
| 8 | | Einwohnerfragestunde |

Anwesend sind:

Mitglieder CDU

Frau Sandra Bongers
Frau Irmgard Kulka
Frau Marianne Lorenz
Frau Karin Heering
Frau Nadja Scherer

Mitglieder SPD

Frau Elisabeth Braun
Frau Andrea Schaffeld
Frau Sultan Seyrek
Frau Anni Armasow
Herr Ralf Deller

Mitglieder BGE

Herr Maik Leypoldt
Frau Sigrid Weicht

Mitglieder GRÜNE

Frau Hermine Swhajor

Mitglieder Embrica

Herr Thomas Meschkapowitz

Mitglieder UWE

Herr Norbert Malischewski

beratende Mitglieder / Stadtsportbund

Herr Rüdiger Helmich
Frau Karin Thelemann

beratende Mitglieder / Schulvertreter

Inge Hieret-McKay
Frau Christiane Feldmann
Herr Jürgen Straetmans
Herr Hans-Jürgen Oimann
Frau Birgit Driel van

Vertreter CDU

Herr Botho Brouwer

Vertretung für Herrn Herbert Ulrich

namentlich stellvertretendes Mitglied

Frau Christel Loose

Vertretung für Frau Cornelia Wolters

von der Verwaltung

Herr Peter Hinze
Herr Tim Terhorst
Herr Marco Schmitz
Herr Niklas Kehren
Frau Nadine Bremer
Frau Linda Koenzen
Herr Dirk Loock

Bürgermeister
Öffentlichkeitsarbeit
FB 1 - EDV
Stellv. FBL 2
FBL 4
FB 4
FB 4

Schriftführer

Herr Jannik Visser

Die Vorsitzende Braun eröffnet die öffentliche Sitzung um 17:00 Uhr, begrüßt die Anwesenden.

I. Öffentlich

1. **Einwohnerfragestunde**

Die Vorsitzende Braun stellt keine Einwohner fest.

2. **Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 21.11.2017**

Mitglied Leyboldt merkt an, dass auf Seite vier im letzten Absatz das erste Wort „Platz“ gestrichen werden kann.

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird von der Vorsitzenden und dem Schriftführer unterzeichnet.

3. **Klassenbildung an den Grundschulen; hier: Bildung von Eingangsklassen im Schuljahr 2018/2019 Vorlage: 04 - 16 1365/2018/1**

Mitglied Schaffeld fragt an, ob Schülerinnen und Schüler direkt in den Primarbereich des Förderzentrums eingeschult werden können.

Beratendes Mitglied van Driel teilt mit, dass die Anträge für die Schulneulinge bis zum 29.01.2018 gestellt werden müssen. Bei Empfehlungen für das Förderzentrum steht eine Entscheidung noch aus.

(Anmerkung der Verwaltung: Nach Rücksprache mit dem Schulamt des Kreises Kleve: Anmeldeort ist in der Regel die Grundschule. In (vermeintlich) eindeutigen Fällen kann auch direkt an einer Förderschule die Anmeldung abgegeben werden.)

Mitglied Bongers erkundigt sich, ob in St. Georg eine Klasse mit 31 Schülern gebildet wird.

Herr Loock erklärt, dass für vier angemeldete Kinder AOSF-Verfahren laufen, wovon voraussichtlich zwei positiv abgeschlossen und einer Förderschule zugewiesen werden. Somit würde die maximale Klassenstärke von 29 Schülern eingehalten.

Mitglied Armasow fragt an, ob für die Leegmeerschule ebenfalls AOSF-Verfahren bekannt sind.

Mitglied Scherer teilt mit, dass 9 AOSF-Verfahren laufen, wovon zwei definitiv positiv beschieden werden. Weiter könne bisher keine Aussage getroffen werden.

Herr Loock stellt die Präsentation „Anmeldeverfahren an den Grundschulen“ vor. Diese ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Herr Loock ergänzt zur Präsentation, dass in St. Georg keine zweite Eingangsklasse gebildet werden kann, da die aus der Gesamtschülerzahl errechnete kommunale Klassenrichtzahl keine weitere Klasse zulässt.

Beschlussvorschlag

1. Aufgrund der ermittelten Klassenrichtzahl für die Stadt Emmerich am Rhein werden im Schuljahr 2018/2019 12 Eingangsklassen gebildet. Die Luitgardisschule Elten und die St.Georg-Schule Hüthum bilden jeweils eine Eingangsklasse, die Rheinschule und die Michaelschule bilden jeweils zwei Eingangsklassen, die Liebfrauenschule und die Leegmeerschule bilden je drei Eingangsklassen.
2. Zur Erleichterung der Inklusion wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler (Klassenfrequenzrichtzahl) an der Rheinschule und der Leegmeerschule auf maximal 23 begrenzt. Die Klassenfrequenzrichtzahl für alle weiteren Grundschulen der Stadt wird auf 26 begrenzt.

Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

4. Lernförderliche IT-Ausstattung an den Schulen; hier: Medienentwicklungsplan der Stadt Emmerich am Rhein Vorlage: 04 - 16 1366/2018

Die Vorsitzende Braun erklärt, dass mit Schreiben vom 12.01.2018 erklärt wurde, dass der Medienentwicklungsplan erst in der nächsten ordentlichen Sitzung des Schulausschusses vorgestellt wird. Die Mitteilungen der Verwaltung zum Tagesordnungspunkt sollen daher nur zur Kenntnis genommen werden.

Bürgermeister Hinze teilt mit, dass der Medienentwicklungsplan nicht vorgestellt werden kann, da dieser in der vergangenen Woche aufgrund verwaltungsinernen Beratungsbedarfs angehalten wurde. Es wird ein Sachstandsbericht über die umfangreiche Arbeit gegeben. Über den Beschlussvorschlag wird in einer der nächsten Sitzungen entschieden.

Mitglied Bongers fragt an, ob eine Entscheidung im nächsten Schulausschuss herbeigeführt werden kann.

Bürgermeister Hinze teilt mit, dass die Sondersitzung im Februar aufgrund der Taktung nicht geeignet ist, um über den Medienentwicklungsplan zu beraten. Der Tagesordnungspunkt wird im März behandelt.

Herr Schmitz stellt die Präsentation „Medienentwicklungsplan; Stadt Emmerich am Rhein“ vor. Diese ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

Mitglied Schaffeld bedankt sich für den ausführlichen Vortag und würdigt die vollbrachte Arbeit. Des Weiteren fragt Mitglied Schaffeld an, welche Rolle das KRZN bei der Medienentwicklungsplanung hat.

Herr Schmitz teilt mit, dass das KRZN für den Second-Level-Support engagiert

wurde, um den Anstieg der Mediennutzung und den damit gestiegenen Supportaufwand abfedern zu können. Parallel wurden die Schulen auf die Netzwerkstruktur des KRZN umgerüstet.

Die Umstellung kann durchweg mit positiven Erfahrungsberichten aus den Schulen belegt werden.

Mitglied Leyboldt dankt für den Vortrag und bittet um Einstellung der Präsentation in das Ratsinfosystem.

Mitglied Bongers bedankt sich für den Vortrag und teilt mit, dass hierdurch ein guter Einblick in das Projekt gegeben werden konnte.

Frau Thelemann gibt zu bedenken, dass die Geräte aus dem Medienentwicklungsplan veraltet sind, wenn sie 2018 beschlossen werden, da die Aufnahme Ende 2017 erfolgte.

Herr Schmitz bringt ein, dass es sich bei dem Medienentwicklungsplan nicht um ein starres Konstrukt handelt. Mit dem Medienentwicklungsplan werden keine Geräte beschlossen. Der Medienentwicklungsplan ist dynamisch und enthält Standards mit Spezifikationen, Funktionalitäten und Richtlinien.

Mitglied Malischewski stellt drei Fragen:

1. Liegt das aktuelle Verhältnis zwischen Schülern und Geräten bei 1/10?
2. Wie greift der Second-Level-Support ein, wenn der Schulserver vor Ort nicht startet?
3. Ist für Lehrer eine Cloud für Unterrichtsmaterialien geplant?

Herr Schmitz teilt zur ersten Frage mit, dass das Verhältnis derzeit bei 1/8 liegt.

Herr Schmitz erklärt zur zweiten Frage, dass zunächst der geschulte First-Level-Support in der Schule den Server neustartet. Der Second-Level-Support ist über Telefon, E-Mail oder Incident zu erreichen. Der Support des KRZN kann entweder über Fernwartung oder letztlich persönlich einen Neustart veranlassen.

Herr Schmitz weist hinsichtlich der dritten Frage darauf hin, dass bereits eine Cloud für pädagogische Inhalte vorhanden ist. Zudem gibt es ein Projekt der Landesregierung für eine übergreifende Plattform, welches aktuell noch rechtlich geprüft wird.

Beratendes Mitglied Hieret-McKay gibt zu bedenken, dass Problematiken mit der Elektrik bei Anschaffung von neuen Geräten im Willibrord Gymnasium auftreten. Dies ist zu überprüfen.

Mitglied Scherer lobt die Verwaltung und teilt mit, dass die Ausstattung in vielen anderen Kommunen nicht so gut ist.

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen zum Medienentwicklungsplan zur Kenntnis und wird im Schulausschuss am 07.03.2018 über den Beschlussvorschlag beraten.

**5. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018;
hier: Beratung in den Fachausschüssen
Budget 403-415 "Schule allgemein und Sport" und "Schulen"
Vorlage: 04 - 16 1367/2018**

Frau Bremer stellt die Präsentation „Haushalt 2018; Fachbereich 4 Jugend, Schule und Sport; Budget 403 – 415 Schule allgemein und Sport“. Diese ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Mitglied Leypoldt fragt an, ob der Antrag der BGE bezüglich des Wegfalls der Sporthallennutzungsgebühren ebenfalls behandelt wird.

Die Vorsitzende Braun erklärt den Ablauf und weist darauf hin, dass Fragen bei den entsprechenden Haushaltsseiten gestellt werden können.

Beratendes Mitglied Feldmann weist in Bezug auf die Präsentation darauf hin, dass die Gesamtschule bezüglich des Bürobedarfes eine Rückmeldung erstellt habe.

Herr Loock teilt mit, dass mehrere Rückmeldungen eingegangen sind. Eine Berücksichtigung in Form der Erhöhung von Bedarfen im Vergleich zum Vorjahr hat ebenfalls stattgefunden.

Beratendes Mitglied van Driel weist darauf hin, dass für Kinder mit anerkanntem sonderpädagogischem Bedarf ein erhöhter Bedarf berücksichtigt wird. Durch spezielle Förderungen in der Schule werden jedoch bereits im Vorfeld sonderpädagogische Bedarfe vermieden und tauchen daher nicht mehr in der Statistik auf; genießen jedoch dieselbe Förderung. Beratendes Mitglied van Driel bringt an, dass der Schulausschuss und die Verwaltung über eine Anpassung der Bedarfe in diesem Punkt beraten sollten.

Die Vorsitzende Braun und die Verwaltung teilen Beratungsbereitschaft mit.

Mitglied Malischewski kritisiert die Aufstellung des Haushaltes, da Bezug auf den Medienentwicklungsplan genommen wird und demnach ein Beschluss gefasst werden soll.

Mitglied Malischewski meldet Beratungsbedarf im Hinblick auf die Geräteauswahl an.

Bürgermeister Hinze erklärt, dass der Haushalt die Entwicklung des Medienentwicklungsplans darstellt. Eine Diskussion über die Anzahl der einzelnen Geräte ist nicht vorgesehen. Der Schulausschuss berät über die Mittel, welche für den Ausbau der Medien in den Schulen der Stadt Emmerich am Rhein zur Verfügung gestellt werden.

Mitglied Leypoldt teilt Mitglied Malischewski mit, dass unter Tagesordnungspunkt vier ein Sachstandsbericht zur Umsetzung des Medienentwicklungsplans gegeben wurde. Anhand dessen ist es verständlich, dass eine Festlegung auf einen genauen Betrag im Haushalt nicht möglich ist. Ein Beratungsbedarf wird nicht mitgetragen.

Mitglied Leypoldt bittet um Einstellung der Präsentation in das Ratsinformationssystem.

Mitglied Malischewski stellt eine direkte Frage an Herrn Schmitz über die Spezifikation eines Gerätes.

Herr Schmitz beantwortet diese.

Bürgermeister Hinze wiederholt, dass der Medienentwicklungsplan ein dynamisches Verfahren ist. Eine Festlegung von einzelnen Geräten ist nicht angedacht, um auf Änderungen in der Technik reagieren zu können.

Mitglied Bongers teilt mit, dass der Beratungsbedarf ebenfalls nicht mitgetragen wird, da die Beratung über die zur Verfügung zu stellenden Summen erfolgt und nicht über die verwendeten Geräte.

Mitglied Kulka weist auf das Konstrukt des Controllings hin, welches die Medienverwendung und -beschaffung überwacht.

Mitglied Malischewski zieht den Beratungsbedarf unter Protest zurück.

Die Vorsitzende Braun stellt keine Wortmeldungen zu den Seiten 187 bis 194 fest.

Herr Helmich weist auf seinen Antrag von IV Quartal 2017 über die Erhöhung von 30.000,00 Euro hin. Dieser reduziert sich auf 20.000,- Euro, da bereits eine zwischenzeitliche Erhöhung um 10.000,- im Jahr 2017 stattgefunden hat. Herr Helmich trägt vor, dass es einen Investitionstau i. H. v. 350.000,- Euro gibt. Hiervon soll der Stadtsportbund 175.000,- Euro mittragen. Zudem berichtet Herr Helmich über gestiegene Kosten in der Unterhaltung.

Mitglied Leypoldt teilt mit, dass die BGE die Entlastung des Stadtsportbundes unterstützt. Mitglied Leypoldt verweist auf seine zuvor gestellte Frage.

Bürgermeister Hinze erklärt, dass die Hallennutzungsgebühren der Zuständigkeit des Fachbereich 3 Immobilien unterliegen. Zudem basieren die Gebühren auf einer Satzung und bedürfen daher einer anderen Beratungsfolge.

Herr Helmich erklärt, dass die Nutzungsgebühren i. H. v. 16.500,- Euro von den Vereinen gezahlt werden. Es erfolgt keine direkte Entlastung des Stadtsportbundes.

Beratendes Mitglied Feldmann unterstützt die Entlastung des Stadtsportbundes aufgrund der guten Zusammenarbeit.

Mitglied Swhajor unterstützt ebenfalls die Entlastung des Stadtsportbundes, da dies ebenfalls die bessere Förderung der Jugend bedeutet.

Mitglied Schaffeld weist darauf hin, dass bereits letztes Jahr 10.000,- Euro zusätzlich gefördert wurden, welche nun im Haushalt ebenfalls zur Verfügung gestellt wurden. Der mögliche Wegfall der Hallennutzungsgebühren stellt eine Entlastung direkt für die Vereine dar.

Mitglied Bongers teilt mit, dass die CDU sich dem anschließt, die weitere Beratung im Schulausschuss abzuschließen und ggf. im HFA eine Entscheidung über die Abschaffung der Hallennutzungsgebühren zu treffen.

Mitglied Leypoldt teilt mit, dass die BGE die Budgeterhöhung auf 200.000,- Euro

unterstützt. Die hervorragende Arbeit des Stadtsportbundes und das ehrenamtliche Engagement im Sportbereich sollten honoriert werden. Zumindest sollte man dem Stadtsportbund entgegenkommen und weitere 10.000,- Euro bereitstellen.

Herr Helmich führt an, dass die zusätzlichen 10.000,- Euro die erste Erhöhung seit über 10 Jahren sind. Die Aufwendungen des Stadtsportbundes seien seitdem enorm angestiegen. Eine weitere Erhöhung um 10.000,- Euro wäre gut; jedoch wären 20.000,- Euro besser.

Bürgermeister Hinze klärt auf, dass 2011 Haushaltskonsolidierungen stattgefunden haben. Diese Einsparungen sind mittlerweile wieder weggefallen.

Frau Thelemann führt an, dass 2002 die Stadt Pachtzahlungen i. H. v. 23.400,- Euro eingenommen und den Stadtsportbund mit 117.000,- Euro gefördert hat. Im Vergleich hat die Stadt 2015 eine Pacht i. H. v. 31.200,- Euro eingenommen (Steigerung 33 %), jedoch nur 120.000,- Euro (Steigerung 2,5 %) gefördert.

Mitglied Meschkapowitz schätzt ebenfalls die gute Arbeit des Stadtsportbundes und teilt mit, dass die Bereitstellung der zusätzlichen 20.000,- Euro im aktuellen Haushalt kein Problem darstellen sollte.

Mitglied Kulka fragt an, ob die zusätzlichen Mittel des Landes für Integration dem Stadtsportbund zugeschlagen werden könnten.

Herr Helmich erklärt, dass die Integration in den Sportvereinen höhere Aufwendungen verursacht als die Förderung von deutschen Kindern.

Mitglied Schaffeld schlägt vor, die aktuelle Diskussion abzuschließen und ggf. im zuständigen Ausschuss über die Weiterleitung von Integrationsmitteln zu beraten.

Mitglied Leypoldt weist auf den Antrag des Stadtsportbundes hin, welcher alle Argumente für eine Erhöhung der Förderung ausweist. Mitglied Leypoldt würde eine Erhöhung um 10.000,- Euro vorschlagen und ggf. hierüber abstimmen lassen.

Herr Helmich begrüßt nochmals die Bereitschaft, dem SSB zusätzliche 10.000,- Euro zur Verfügung zu stellen, betonte jedoch, dass eine Erhöhung um 20.000,- Euro besser wäre.

Die Vorsitzende Braun teilt mit, dass die Wertschätzung des Stadtsportbundes außer Frage steht, Die Diskussion sollte jedoch nicht in ein Feilschen übergehen.

Mitglied Bongers stimmt der Vorsitzenden zu und schlägt vor, die zusätzliche Förderung im HFA zu beraten.

Bürgermeister Hinze unterstützt den Vorschlag des Mitgliedes Bongers. Im HFA könne eine Beratung über mögliche Finanzierungsbeispiele erfolgen. Zudem sei eine einstimmige Entscheidung zielführender.

Mitglied Leypoldt verwehrt sich gegen den Vorwurf des Feilschens. Mitglied Leypoldt unterstützt jedoch die Beratung im HFA.

Frau Thelemann äußert Unklarheit zum Beschluss des Budgets.

Bürgermeister Hinze klärt über die Vorgehensweise der Beratung auf.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag zur Verweisung der Beratung über den Antrag, der zusätzlichen 20.000,- Euro für den Stadtsportbund, in den HFA abstimmen.

Mitglied Malischewski bittet um Aufnahme des Punktes:“ jedoch nicht weniger als 10.000,- Euro“ in den Antrag und um frühestmögliche Beratung in der Tagesordnung des HFA.

Bürgermeister Hinze erklärt, dass dem HFA weder im Ablauf, noch in der Diskussion Entscheidungen vorgegriffen werden können

Abstimmungsergebnis

Der Antrag wird einstimmig vom Schulausschuss beschlossen

Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

Mitglied Weicht bittet zu Seite 194 um Erklärung der Steigerung der Kosten für die OGS Betreuung um 120.000,- Euro.

Herr Loock teilt mit, dass im letzten Jahr zwei zusätzliche Gruppen in Leegmeer und Liebfrauen bewilligt wurden. Zudem wird ein steigender Bedarf an OGS Betreuungsplätzen kalkuliert.

Die Vorsitzende stellt keine Anmerkungen bezüglich der Seiten 194-220 fest.

Mitglied Bongers fragt an, wofür die beantragte Küchenzeile an der Luitgardis-schule vorgesehen ist.

Herr Loock erklärt, dass, aufgrund des Wechsels des Lehrerzimmers der Grundschule in den bisherigen Raum des Ortsausschusses, eine neue Küchenzeile für die Lehrkräfte angeschafft werden soll.

Mitglied Leypoldt stellt zu Seite 225 fest, dass bei der Europaschule und der Realschule weiterhin Personal, Abschreibungen und Kosten gelistet werden, obwohl diese Schulen auslaufen.

Die Vorsitzende Braun hält fest, dass dem nachgegangen wird.

Die Vorsitzende stellt zu den Seiten 229 bis 232 keine weiteren Anmerkungen fest.

Beratendes Mitglied Hieret-McKay bittet auf Seite 233 unter Punkt Schwerpunktsetzung Planjahr(e) um Richtigstellung der Jahrgänge. Die Oberstufe zählt nicht zum Ganztag. Die Sekundarstufe läuft aktuell (G8) bis zur 9. Klasse.

Frau Swhajor bittet um Erklärung zu den Leistungsmengen/Kennzahlen auf Seite 236.

Beratendes Mitglied Hieret McKay teilt mit, dass seit 2017 die Oberstufe in Klassen gerechnet wird.

Die Vorsitzende Braun stellt keine Anmerkungen zu den Seiten 237 bis 243 fest.

Beschlussvorschlag

Der Rat fasst den Budgetbeschluss und legt den Zuschussbedarf für das Budget 403-415 "Schule allgemein und Sport" und "Schulen" im Ergebnishaushalt für das Jahr 2017 auf 3.106.501 Euro und im Finanzhaushalt auf 3.702.085 Euro fest.

Stimmen dafür 15 Stimmen dagegen 1 Enthaltungen 1

6. Information über die Schulbaumaßnahmen in Emmerich Vorlage: 04 - 16 1368/2018

Frau Bremer stellt eine Präsentation zu den aktuellen Schulbaumaßnahmen vor. [Diese ist als Anlage 2 Auszug aus der Präsentation „Schulausschuss 16.01.2018“ beigefügt.]

Ergänzend zur Präsentation teilt Frau Bremer mit, dass die Baumaßnahmen auf dem Schulhof der Luitgardisschule abgeschlossen sind und benennt die einzelnen Spielgeräte [Folie 7-8].

An der Leegmeerschule werden aktuell die Klinkerarbeiten ausgeführt. Folgende Arbeiten befinden sich aktuell in der Phase der Ausschreibung: Fenster, Dachdecker und Zimmerer [Folie 9-10].

Bürgermeister Hinze erklärt, dass sich bezüglich der Planungen für das Gebäude Brink eine Änderung ergeben hat, welche einen Neubau unabdingbar macht. Der Neubau muss aufgrund von Statikproblematiken realisiert werden. Diesbezüglich wird am 06.02.2018 ein zusätzlicher Schulausschuss und ASE einberufen, da eine Entscheidung von beiden Gremien innerhalb der aktuellen Beratungsfolge benötigt wird. Für die Zusammenlegung der beiden Ausschüsse werden aktuell die rechtlichen Voraussetzungen geprüft.

Bürgermeister Hinze erläutert kurz, dass aufgrund der Statik, Pädagogik, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit der Neubau des Gebäudes einen Vorteil darstellt. Einzelheiten werden in der Sondersitzung am 6. Februar 2018 vermittelt.

Mitglied Leyoldt fragt an, ob im Hinblick auf dieser Änderung die Unterbringung der Schülerinnen und Schüler sichergestellt ist.

Bürgermeister Hinze erklärt, dass während der Bauarbeiten das Gebäude, in beiden Planungen, nicht für die Unterbringung von Kindern vorgesehen ist.

Mitglied Leyoldt erkundigt sich, ob ein Gesamt-Projektplan mit der Aufstellung von Leistungen, Kosten und Zeit den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden kann.

Bürgermeister Hinze stimmt dem zu.

Mitglied Malischewski fragt an, ob bei den 40% Ersparnis über die Laufzeit bereits eine Preissteigerung mit einkalkuliert wurde.

Bürgermeister Hinze teilt mit, dass diese spezielle Frage im HFA im Bereich

Immobilien erläutert werden kann.

Mitglied Bongers erkundigt sich, ob an der Luitgardisschule bereits die Problematik mit dem Fahrradständer gelöst wurde.

Bürgermeister Hinze erklärt, dass die Problematik zu den Fahrradständern nicht baulich gelöst wird, da dies einen unverhältnismäßigen Aufwand bedeuten würde. Bisläng liegen keine Beschwerden von Anwohnern oder der Schule vor. Man sei jedoch im Gespräch mit der Schule.

Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die nächste ordentliche Sitzung in Elten stattfinden wird.

Mitglied Meschkapowitz kritisiert die jetzige Entscheidung und unterstellt „einen Neubau durch die Hintertüre“.

Bürgermeister Hinze klärt auf, dass man sich damals gegen einen kompletten Neubau entschieden habe, da damals keine Einsicht in die Statik erfolgt ist. Zudem sollte das „Schuldorf“ erhalten bleiben.

Mitglied Meschkapowitz weist darauf hin, dass 2015 mitgeteilt wurde, dass ein kompletter Neubau nicht zu realisieren sei. Zudem wurden die Kosten für den Umbau viel geringer kalkuliert. Nun steigen die Kosten rapide an.

Bürgermeister Hinze verwehrt sich vor den Vorwurf. Eine Preissteigerung wäre genauso bei einem Neubau aufgetreten. Zudem habe stets eine Transparenz in den Fachausschüssen stattgefunden.

Kenntnisnahme(kein Beschluss)

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis

7. Mitteilungen und Anfragen

Mitglied Kulka bittet um eine Aufstellung zur Akzeptanz der Mittagsverpflegung in Gymnasium und Gesamtschule zur nächsten Sitzung.

Mitglied Leyoldt erkundigt sich, ob grundsätzlich Präsentationen im Ratsinformationssystem oder der Niederschrift eingestellt werden können.

Bürgermeister Hinze bestätigt dies.

Frau Thelemann fragt an, ob bezüglich der Parkplatzsituation an der Kleinschwimmhalle in Elten eine Lösung gefunden wurde.

Bürgermeister Hinze teilt mit, dass keine weiteren Parkplätze vorgesehen sind. Nach den rechtlichen Vorschriften ständen der Schule weniger Parkplätze zur Verfügung. Die Problematik sei jedoch bekannt und man ist im Gespräch mit der Schule.

Die Vorsitzende Braun stellt keine weiteren Mitteilungen und Anfragen fest.

8. Einwohnerfragestunde

Die Vorsitzende Braun stellt keine Einwohnerfragen fest.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19:05 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 6. Februar 2018

Elisabeth Braun
Vorsitzende

Jannik Visser
Schriftführer